56. Jahrgang. № 165. Sonnabend, 8. April 1922.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer 25241
Nur für Nachtgespräche: 20011.

Bezugs-Gebühr in Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Zutragung oder durch die Post bei täglich zweimaligem Versand monatlich 21.— M., vierteljährlich 63.— M.
Anzeigen-Preise. Die einspaltige 30 mm breite Zeile 5.— M. Für Familienanzeigen, Anzeigen unter Stellen- u. Wohnungsmarkt, 1spaltige Anz. u. Vereinsanz. 25 %. Vorzugsplätze laut Tarif. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung. Einzelnummer 1 M.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.
Postscheck-Konto 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Die sächsische Polizei im Reichstage.

Beginn der Osterferien. — Eine Schlußansprache des Präsidenten Löbe.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 7. April. Im weiteren Verlaufe der heutigen Reichstagssitzung wird die zweite Lesung des Etats des Reichsministeriums des Innern bei den Ausgaben für

Polizei und Technische Nothilfe

fortgesetzt. — Abg. **Berndt** (D.-N.) weist auf die Zersetzungserscheinungen in der Schupo hin. **Preußen und Sachsen haben sich nicht als fähig erwiesen, in dieser Frage Ordnung zu schaffen.** Daher muß das Reich einschreiten. In Preußen muß das ganze jetzt herrschende System der Schutzpolizei beseitigt werden. In dem Verbandswesen liegt die Wurzel alles Uebels. Die beiden Verbände in Preußen bekämpfen sich gegenseitig und sind nur einig, wenn es gegen die Vorgesetzten geht. Ministerialdirektor Dr. Abegg hat den Geist der Auflehnung und Zuchtlosigkeit groß werden lassen. Jetzt wird er die Geister, die er rief, nicht mehr los. Dem Vorgesetzten ist durch die neue Disziplinarverordnung fast jede Strafgewalt genommen. Ein großer Teil der Schupo hat beim Eisenbahnerstreik mit den Streikenden sympathisiert und Nothelfer gegen Bedrohungen und Mißhandlungen nicht geschützt. Es ist sogar zu Geldsammlungen für die Streikenden gekommen. Das System der Vertrauensmänner dient der Verhetzung der Schupo und der Denunziation. Redner fordert die Entfernung Abeggs und bedauert, daß Minister Köster die

phantastischen unwahren Angriffe gegen die Schupo in der französischen Kammer

erst so spät widerlegt hat. Die Folge sei die Note der Entente, die die völlige Entwaffnung der Schupo verlangt. Womit soll sich Deutschland denn gegen bolschewistische und kommunistische Umtriebe wehren? Vielleicht mit Spazierstöcken und Regenschirmen? Viele betrachten die Schupo nur als einen Unterschlupf, bis sie eine besser bezahlte Stellung gefunden haben. Es ist lediglich eine andere Form der Erwerbslosenfürsorge.

Inzwischen ist ein Antrag Marettzky (D. Vp.) gegen die sächsischen Polizei-Verhältnisse

eingegangen. Es wird beantragt, die Reichsregierung zu ersuchen, die Auszahlung der für die Zwecke des polizeilichen Schutzes bestimmten Mittel an das Land Sachsen davon abhängig zu machen, daß dort die Einrichtung der Kommissare, die den Interessen der Polizei zuwiderlaufende Anordnungen treffen, beseitigt und auch nicht durch ähnliche Institutionen ersetzt werde.

Abg. **Aufhäuser** (Unabh.) beantragt dagegen, die Reichszuwendungen für polizeiliche Zwecke in Bayern zu sperren, solange reaktionäre Kreise und Mörderzentralen dort geduldet würden.

Abg. Dr. **Schreiber** (Z.): **Wir erkennen an, daß unsere Schutzpolizei Wertvolles geleistet hat, aber**

die Zustände in Sachsen

erfüllen uns mit einiger Besorgnis. Es ist ein Mißverhältnis, daß wir in Preußen nur vier Regierungskommissare haben, während Sachsen allein zwölf besitzt. Wir ersuchen die Reichsregierung, mit der sächsischen Regierung in Verhandlungen einzutreten, damit eine Nachprüfung erfolgt, ob diese

Regierungskommissare

notwendig sind. Im Gegensatz zu einer Verfügung des Reichsministeriums des Innern macht die sächsische Regierung sehr umfassenden Gebrauch von der Kündigungsbefugnis. Die Polizeibeamten sind darüber sehr erregt. Die Offiziere haben sich stets auf den Boden der Verfassung gestellt. Der sächsische Minister des Innern hat die Entlassung eines Polizeiwachtmeisters aufgehoben, der ehemals Landstreicher war! Wir verlangen von den sächsischen Regierungskommissaren in allem eine größere Zurückhaltung. Bestimmte Rechtsverhältnisse innerhalb der Schupo sollten für das ganze Reich eine einheitliche Regelung finden.

Sächsischer Gesandter Dr. **Gradnauer**: Dr. Schreiber ist falsch informiert. Es ist nicht richtig, daß ein Wachtmeister bei einem Vorgesetzten Haussuchung abgehalten hat. Das hat vielmehr ein Staatsanwalt getan mit Unterstützung eines Wachtmeisters aus einem anderen Bezirke. Es ist nicht richtig, daß nur drei Regierungskommissare statthaft wären. Die Auswahl für den staatsbürgerlichen Unterricht ist lediglich aus pädagogischen Rücksichten erfolgt. (Zuruf des Abg. Dr. Reichert, D.-N.: Wer es glaubt, kriegt einen Taler!) Nach der Parteizugehörigkeit wird nicht gefragt. Die Dienstanweisungen für die Kommissare werde ich bei meiner Regierung anfordern.

Abg. **Marettzky** (D. Vp.): Wir müssen dafür sorgen, daß die Interessen der Allgemeinheit gewahrt werden, auch bei Streiks.

Dr. Gradnauer hatte eine schwere Aufgabe. Wer die sächsischen Verhältnisse kennt, weiß, daß die sächsische Landespolizei tatsächlich auf das schwerste bedroht ist. Die Regierungskommissare dienen reinen Partei-Interessen.

Bezüglich der Note über die Schupo dürfen wir nur das erfüllen, was im Friedensvertrag und in der Note von Boulogne zugesagt ist. Dort haben wir uns nur verpflichtet, unsere Polizeibeamten nicht über 150 000 Mann zu vermehren. Ganz schutzlos ist unsere Bevölkerung in der 50-Kilometer-Zone. Ein Abbau der Technischen Nothilfe würde nur zu neuen Streiks in lebenswichtigen Betrieben und zur Verwirrung ausgenutzt werden. Die Gefahr großer und bedrohlicher Streiks steht am Horizont. Sie sollen zweifellos ausgenützt werden zur Aufhetzung der Bevölkerung gegen die bestehende Staatsordnung.

Der **preußische Minister des Innern Severing** wandte sich dann gegen die Beschuldigungen des Abg. Berndt gegen die preußische Schupo. — Abg. **Koch-Weser** (Dem.): Die Linke vertritt meist den Standpunkt, die Schupo sei Reichssache. Nur wo Sozialisten in der Regierung sind, ist sie Landessache. Aufgabe des Reichstages ist es, dafür zu sorgen, daß der Einfluß des Reiches auf die Landespolizei nicht allzu sehr herabgedrückt wird.

Reichsminister des Innern Dr. Köster:

Ich war als Reichsminister des Innern nicht verpflichtet und nicht berechtigt, die Zivilkommissare in den Ländern abzuschaffen. Ich habe Sachsen erklärt, daß Reichsmittel für die Kommissare nicht benutzt werden dürfen. Ich selbst habe nur gute Erfahrungen mit diesen Zivilkommissaren gemacht. Sogar die Demokraten sind in Sachsen für sie eingetreten. Das Reichsrahmengesetz für die Schupo ist fix und fertig. Auf die General Nollet eingereichte Note kann ich nicht eingehen. Die Technische Nothilfe ist nur als Hilfskonstruktion bestimmt, um über die Schäden der Uebergangszeit hinwegzuhelfen. Nur wo ein wirklicher Notstand vorliegt, soll sie eingesetzt werden. Niemals darf die Technische Nothilfe dem Unternehmertum Bütteldienste leisten.

Abg. **Molkenbuhr** (Soz.) verliest eine Erklärung seiner Fraktion, die eine Verständigung zwischen Technischer Nothilfe und Gewerkschaften wünscht, die in dem Etat eingesetzten Mittel jedoch ablehnt, weil die Technische Nothilfe im Interesse der Arbeiterschaft niemals zu einer dauernden Einrichtung werden dürfe.

Abg. **Thomas** (Komm.) erklärte, die Technische Nothilfe sei der erste Schritt zur allgemeinen Zivildienstpflicht. Sie koste viel und richte großen Sachschaden an. — Abg. **Streiter** (D. Vp.): **Bisher haben die Herren von links nicht bewiesen, daß die Voraussetzungen für die Existenz der Technischen Nothilfe fortgefallen sind, deshalb bewilligen wir die für sie angeforderten Mittel und verlangen besseren Schutz und Unterstützung für sie.** In Chemnitz haben die Behörden z. B. den Einsatz der Technischen Nothilfe verboten. — In der Abstimmung wurde der kommunistisch-unabhängige Antrag, sämtliche Ausgaben für Polizei und Nothilfe zu streichen, gegen die Antragsteller abgelehnt. Die Abstimmung über die Forderung einer Denkschrift über die Tätigkeit der Regierungskommissare bei der Schupo, sowie über die einmaligen Ausgaben für die Technische Nothilfe wurden verschoben. Die **dauernden Ausgaben für Technische Nothilfe und Schupo wurden bewilligt.**

Nach weiterer Aussprache wurde der Haushalt für das Reichsministerium des Innern erledigt, ebenso zahlreiche Bittschriften.

Angenommen wurde ein gemeinsamer Antrag aller Parteien, wonach die Diäten für die Reichstagsabgeordneten auf monatlich 5000 Mark erhöht werden.

Eingegangen war noch eine Interpellation Dr. Stresemann (D. Vp.), die anfragt, ob es richtig sei, daß Verhandlungen zwischen England und Frankreich schweben, wonach dem Rheinland das Schicksal des Saargebiets bereitet werden soll. Das würde eine verschleierte Annexion des Rheinlandes durch Frankreich bedeuten. Die Interpellation soll auf die Tagesordnung der ersten Sitzung nach den Ferien gesetzt werden. Präsident Löbe erhielt die Ermächtigung, Tag und Tageszeit der nächsten Sitzung anzusetzen mit der Maßgabe, daß sie nicht nach dem 2. Mai stattfindet, jedoch früher, wenn es notwendig sein sollte.

Der **Präsident** schloß die Sitzung mit einer mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Ansprache, in der er sagte:

Während der Osterpause wird in Genua die Konferenz über die Fragen des wirtschaftlichen Wiederaufbaues Europas stattfinden, an der zum ersten Male Vertreter der deutschen Republik als gleichberechtigte Berater teilnehmen werden. Ohne überschwengliche Hoffnungen zu hegen, wünschen wir der Konferenz von Genua guten Erfolg. Aber niemand von uns verhehlt sich, daß das Ziel der Gesundung nicht erreicht werden kann, solange man das Zentralproblem hernmgeht, solange man auch nicht zur Erörterung stellt die Erleichterung der ungeheuren Reparationslasten, die auf Deutschland ruhen, und die Revision des Vertrages von Versailles. Ich rufe den Staatsmännern zu, daß sie sich bei ihrer ernsten Arbeit beeilen mögen, damit uns die Verzweiflung der Völker nicht in neue Katastrophen führt.

Unerhörte Mißstände in der braunschweigischen Polizei.

Braunschweig, 7. April. Die schweren Beschuldigungen Sepp Oerters gegen das sozialistische Ministerium Junke haben im parlamentarischen Untersuchungsausschuß zu einer sensationellen Rede des Polizeipräsidenten Buchterkirchen geführt. Bei Beginn der Sitzung behauptete Oerter, es seien schwere Unregelmäßigkeiten bei der Polizei vorgekommen, zum Beispiel habe der Leiter der Schutzabteilung Major Kanthaus Unregelmäßigkeiten begangen und sich Gelder aus der Kasse angeeignet. Weiter seien durch Beamte der Polizei Polizeiausrüstungsgegenstände, Stiefel, Wäsche usw., in unzulässiger Weise verkauft worden. Als eine Untersuchung angeregt wurde, habe man vom Ministerium aus das Ergebnis der Untersuchung unterdrückt. **Der Polizeipräsident Buchterkirchen bestätigte im wesentlichen die schweren Beschuldigungen Oerters. Er erklärte in seiner Rede, daß dies eine Flucht in die Oeffentlichkeit bedeute. Im Verlauf der weiteren Verhandlungen ergab sich, daß der Polizeipräsident durch das Ministerium vollständig kaltgestellt wurde. Befehle, die er gab, wurden von dem zuständigen Minister einfach wieder aufgehoben. Nach den bisherigen Aussagen müssen unglaubliche Korruptionszustände in der braunschweigischen Schutzpolizei geherrscht haben.**

Der Zerfall der Internationale.

„Ein historischer Moment", so hatte das Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands die Wiedergabe der Resolution überschrieben, die am Ende der viertägigen Verhandlungen von den Vertretern der drei Internationalen gefaßt worden war. Und in den einleitenden Sätzen, die dieses Blatt dem Wortlaut der Erklärung voranschickte, konnte man in Fettdruck von der „Herstellung der proletarischen internationalen Einheitsfront" und von „gemeinsamer Willenskundgebung" lesen. Was dann folgte, was, um in der Stilistik der „Freiheit" zu bleiben, „den historischen Moment" darstellen sollte, war gerade das Gegenteil dessen, was man nach diesen hochtönenden Ankündigungen erwarten durfte. Es war das Bekenntnis der drei Internationalen, daß eine proletarische Einheitsfront über die nationalen Grenzen hinweg ein Unding ist, daß es so gut wie keine Gemeinsamkeit zwischen Moskau auf der einen, London und Wien auf der anderen Seite gibt, ja, daß die Hoffnungen und Ziele des internationalen Gedankens überhaupt einem jämmerlichen Schiffbruch zum Opfer gefallen sind. Alles andere, was in der langatmigen Endresolution des Kongresses den gegenteiligen Eindruck zu erwecken bestimmt ist, entpuppt sich bei näherem Zusehen als wenig geschickte Spiegelfechterei. Darunter gehört der Plan künftiger Beratungen aller auf der Konferenz vertreten gewesenen Richtungen „zum Zwecke gemeinsamer Aktionen mit konkreten Zielen", darunter die Schaffung des neungliedrigen Organisationsausschusses, der die späteren Zusammenkünfte vorbereiten soll, darunter auch die für den 20. April oder 1. Mai anberaumten internationalen Demonstrationen. Ganz sinnlos aber werden diese Beschlüsse und die gesamte Einigkeitsformel durch die Zusätze der drei Internationalen, in denen jede zu verstehen gibt, wie sie die getroffene Vereinbarung auslegt und in welchen Punkten sie eine ganz besondere Auffassung hegt. Es gehört schon moskowitische Borniertheit oder Verlogenheit dazu, angesichts eines solchen Dokuments auch nur von „schwachen Anfängen" einer internationalen Einheitsfront des Proletariats zu sprechen. Der Anfang vom Ende jeder bisher geheuchelten internationalen Gemeinsamkeit ist es vielmehr, den die acht Vertreter von London, Wien und Moskau in ihrer Erklärung feierlichst besiegelten. Keiner von ihnen wird heute noch im Ernst glauben, daß die Gegensätze, die zwischen den verschiedenen Richtungen, mehr noch zwischen den einzelnen Vertretern ihrer Nationalität nach, auf der Berliner Tagung hervortraten, jemals völlig überwunden werden könnten.

Man denkt eben in Moskau anders als in London und Wien; man faßt die Probleme der marxistischen Lehre, ganz abgesehen von ihrem Unwerte in jeder der internationalen Zentralen verschieden auf und nimmt zu den Tagesereignissen Stellung, so wie es der Menschenschlag, die eng begrenzten völkischen Bedürfnisse erfordern. Das ist eine der menschlichen Natur entsprechende Selbstverständlichkeit, deren fortschreitende Entwicklung sich durch nichts hemmen läßt. Und in ihr liegt auch der tiefste innere Grund beschlossen, warum die Internationalisten in Berlin uneins bleiben mußten. Es waren Russen, Engländer, Italiener, Belgier, Deutsche, die dort verhandelten, die um ihrer Programmreden willen wohl gern die nationalen Hemmnisse überwunden und sich als rechte Kosmopoliten gezeigt hätten, die aber über die Macht der wider ihren Willen in ihnen wirkenden nationalen Kräfte und Verschiedenheiten nur an den wenigsten Stellen hinausgelangten. Ein Musterbeispiel, der russische Bolschewist Radek. Als er am dritten Verhandlungstag die Vergewaltigung der kleinen georgischen Republik durch den russischen Koloß verteidigte, konnte er als eine seiner vornehmsten Begründungen für die Berechtigung dieser Handlungsweise nur anführen, daß Rußland die georgischen Naphthaquellen braucht; ein Zeichen dafür, daß also auch bei den Bolschewisten nicht das Selbstbestimmungsrecht eines Volkes den Ausschlag für die nationale Zugehörigkeit gibt, sondern das Bedürfnis des mächtigeren Staates. Radek, Lenin, Trotzki, Krassin und wie sie alle heißen mögen, sind die Sachwalter Rußlands; und erst wenn die nationalrussischen Wünsche und Bedürfnisse befriedigt sind, fängt bei ihnen der Internationalismus an. Die Internationale ist für sie ein Deckmantel, unter dem sie für Rußland Geschäfte zu machen suchen. Das ist die Lehre, die man aus der großen Rede des Moskauers zu ziehen berechtigt ist.

Und was von den russischen Vertretern gesagt werden muß, das gilt in demselben Sinne für Macdonald, Vandervelde, Serrati, die englischen, belgischen und italienischen Abgeordneten der zweiten Internationale. Warum hat Macdonald für die labour party in der Frage der Unabhängigkeit Irlands die Bedingung gestellt, so fragte Radek, daß die irische Küste neutralisiert werde? Weil er als Vollblutengländer darauf bedacht sein mußte, daß diese Küste niemals zur maritimen Basis gegen England werde. Wo bleibt bei dieser Stellungnahme der Internationalismus, dem die nationale Sicherung angeblich gleichgültig ist? Wo stecken die englischen Arbeiter, wenn britischer Imperialismus an irgendeinem Ende der Welt ein kleines Volk aus selbstischer Gier niedertritt? Sie sitzen in Frieden an ihrem heimischen Herd und halten es für ebenso selbstverständlich wie Lloyd George oder der englische König, daß England in der Welt herrschen muß, und um seiner Existenz willen nicht nach internationalen Rücksichtnahmen fragen darf. Sie sind keine Internationalisten, die die Interessen ihres Landes um einer Weltbeglückungsschimäre willen preisgeben, sind nicht das, wozu sie einige theoretische Fanatiker stempeln möchten. Und ebensowenig sind es die belgischen, französischen, italienischen Arbeiter. Als am Anfang der Berliner

SLUB
Wir führen Wissen.